



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/N/7

9. Januar 1950

Eine diffizile Frage

P.R. Immer wieder wird die Frage aufgeworfen, ob es nicht auch in Deutschland möglich sei, ähnlich wie zu gewissen Zeiten in den angelsächsischen Ländern, eine Art aussenpolitischer Arbeitsgemeinschaft zwischen Regierung und Opposition herzustellen. Man verspricht sich davon vielfach eine grössere Wirksamkeit politischer Bemühungen gegenüber dem Auslande, insbesondere den Besatzungsmächten.

Selbstverständlich liegt dieser Gedanke, nicht zuletzt nach der Erfahrung in den genannten Ländern, nahe. Aber die Praxis ist sehr diffizil und es ist sicher kein Zufall, dass sie sich auf die Länder beschränkt, in denen die demokratische Tradition besonders fest verankert ist und ausserdem das Zwei-Parteien-System herrscht. Beide Voraussetzungen treffen für Deutschland nicht zu. Zwar sind die SPD und die CDU/CSU mit grossem Abstand die wichtigsten Parteien, aber es gibt neben ihnen doch auch noch wesentlich andere Kräfte und gerade die Geschichte der Bildung der gegenwärtigen Bundesregierung hat gezeigt, wie stark sie mitzusprechen wünschen. Von alter und kontinuierlicher demokratischer Tradition aber kann in Deutschland vollends keine Rede sein. Auch Dr. Schumacher hat sich auf der Pressekonferenz in Berlin am 7. Januar zu diesem Problem geäussert. Das Staatswesen der jungen deutschen Republik sei erst im Entstehen begriffen und könne mit den eingespielten Apparaturen und der traditionsreichen Vergangenheit der angelsächsischen Demokratien nicht verglichen werden. Im übrigen sei von der deutschen Sozialdemokratie durchaus versucht worden, mit der Regierung in aussenpolitischen Fragen ein besseres Verhältnis herzustellen. Aber diese Bemühungen haben keine Gegenliebe gefunden. Die Regierung habe vor allem versäumt, sich, nach altbewährtem Rezept, von der Opposition treiben zu lassen, sie habe, so erklärte Schumacher, keine Bereitschaft gezeigt, sich der konkreten sozialdemokratischen Vorstellungen über bestimmte aussenpolitische Fragen für ihre eigenen Zwecke zu bedienen. Niemand hat natürlich erwartet, dass die Regierung Adenauer sozusagen sozialdemokratische Politik treiben würde, das anzunehmen, wäre widersinnig gewesen. Aber es lag durchaus im Rahmen

des Möglichen und es wäre vor allem sehr zweckmässig gewesen, die sozialdemokratischen Argumente nicht nur anzuhören, sondern sich auch mit ihnen positiv auseinanderzusetzen und soviel wie möglich davon für die eigene Arbeit zu verwerten.

Die Sozialdemokratie hat in Westdeutschland bisher immer nur vor der Zumutung der Regierung gestanden, deren aussenpolitische Formeln zu akzeptieren, eine praktische Möglichkeit, sie zu modifizieren, bestand für sie nicht. Das ist natürlich kein gangbarer Weg für eine Zusammenarbeit. Es ist sinnlos, eine aussenpolitische Geschlossenheit dadurch vorzutäuschen, dass die Opposition sich mehr oder weniger unbeeindruckt die Meinung der Regierung zu eigen macht. Schumacher erklärte in Berlin auch, er könne sich nicht vorstellen, dass eine Regierung in den USA oder in Grossbritannien in der gleichen Weise mit der Opposition zu verfahren versuchen würde, vor allem dann, wenn eine solche Regierung weiss, dass die Opposition in entscheidenden Fragen anders denkt, und dass es also doppelt notwendig sei, vor einer aussenpolitischen Aktion Fühlung mit ihr zu nehmen. Die Regierung Adenauer aber hat den entgegengesetzten Weg gewählt, sie ist der beiderseitigen Klärung und Abstimmung der Auffassungen hartnäckig ausgewichen und hat selbstherrlich entschieden. Das hat das Gewicht ihrer Entscheidungen nicht erhöht, wie gerade amerikanische, aber auch Ausserungen aus anderen Ländern erkennen lassen.

Hinzu kommt, dass nach Dr. Schumachers Meinung die aussenpolitischen Gegensätze zwischen der Sozialdemokratie und der Regierung weitgehend sozialen, ja klassenpolitischen Charakter tragen und nicht allein durch Überlegungen der aussenpolitischen Zweckmässigkeit bestimmt werden. Das ist ein weites Feld, wie man zu sagen pflegt, auf dem leider auch eine sehr unterschiedliche Bereitschaft zur deutschen Einheit sichtbar wird. Dieses klassenpolitische Moment der Aussenpolitik der Regierung, das durch ein konfessionelles ergänzt wird, ist besonders gefährlich. Hier tut sich, ohne dass in diesem Rahmen darauf im einzelnen eingegangen werden soll, eine sehr tiefe Kluft auf, die nicht einfach mit dem Wunsch nach einem gemeinsamen Etikett überbrückt werden kann. So sieht es also nicht so aus, als ob in absehbarer Zeit die praktische Möglichkeit zu einer grundsätzlichen und einigermaßen dauerhaften aussenpolitischen Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition gegeben sei. Die Chance gemeinsamer Aktionen von Fall zu Fall ist dadurch nicht ausgeschlossen.

Neuordnung des französischen Arbeitsrechtes

Von unserem A.F.-Korrespondenten, Paris

Seit 1939 werden die Löhne von der französischen Regierung festgesetzt. Da die Freiskontrolle praktisch aufgehoben ist, muss nunmehr auch die Lohnfreiheit wieder hergestellt werden, d.h., man kehrt zu den üblichen Kollektivverträgen zurück. Ein derartiger Wandel wäre in den meisten Ländern ziemlich einfach. Aus verschiedenen Gründen ist er jedoch in Frankreich mit einer Reihe von Schwierigkeiten verbunden.

Die Kollektivverträge spielten in der Vergangenheit im französischen Arbeitsrecht eine kaum erwähnenswerte Rolle. Ihre Anwendung und ihre Auslegung führte keineswegs wie in anderen Ländern zu einem Gewohnheitsrecht. Fast sämtliche Regeln für die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer mussten in Frankreich vom Parlament gesetzlich festgelegt werden. Nur zweimal in der Geschichte konnten, und dann lediglich kurzfristig, Kollektivverträge vereinbart werden: 1921, vor der ersten Nachkriegskrise, und dann 1936/38 dank der Volksfrontregierung Léon Blums. Diese Versuchsperioden waren zu kurz, um die Kollektivverträge in Frankreich einzubürgern. Praktisch stehen nun Parlament und Regierung vor der Aufgabe, ein völlig neues Recht zu schaffen.

Erstvernehmend wirkt die Unsicherheit der Gewerkschaften, die an das ihnen an sich günstige Werkzeug des Kollektivvertrages nicht glauben und - selbstverständlich ohne es offen zuzugestehen - im Grunde ihres Herzens die staatliche Lohnfestsetzung freien Verhandlungen mit den Unternehmern vorziehen. Die meisten Gewerkschaftsvertreter leiden unter einem ausgesprochenen Minderwertigkeitskomplex, wenn sie sich mit Arbeitgebern an den Verhandlungstisch setzen wollen. Ausserdem ist sich die Gewerkschaftsführung der ungenügenden Ausbildung der Kadern durchaus bewusst. Nicht weniger nachteilig wirkt die Zersplitterung der französischen Gewerkschaftsbewegung. In fast allen Berufsgruppen werden mindestens drei Gewerkschaftsverbände an den Lohnverhandlungen beteiligt sein, und in manchen Fällen sogar fünf.

Um die Arbeiter für den Gedanken der Kollektivverträge zu gewinnen, hatten die Gewerkschaftsverbände zunächst vorgeschlagen, die Lohnbesprechungen möglichst im lokalen Rahmen durchzuführen. Nach anfänglicher Begeisterung baten schliesslich die lokalen Gewerkschaft-

ten ihre Zentralen, ihnen diese Last abzunehmen und nationale Kollektivverträge auszuhandeln. Der Grund hierfür ist die sich aus der mangelnden Erfahrung ergebende Unsicherheit und die weitverbreitete Furcht, dem trotz der sozialen Entwicklung der letzten Jahrzehnte immer noch als überlegen angesehenen Unternehmer gegenüberzutreten zu müssen.

Das mangelnde Selbstbewusstsein der Gewerkschaften erklärt ihren geschlossenen Widerstand gegenüber verschiedenen Bestimmungen des Gesetzentwurfes der Regierung. Sie lehnen so das beabsichtigte obligatorische Schiedsverfahren ab und bemühen sich, es durch ein mehr oder weniger freiwilliges Schlichtungssystem zu ersetzen. Um das Streikrecht nicht in Frage zu stellen, bestand auch die Regierung nicht auf der obligatorischen Durchführung des Schiedsspruches, sie empfahl lediglich im Interesse der möglichsten Vermeidung von Streikbewegungen die Anerkennung des Verfahrens, während die Gewerkschaften darin für die weitere Stellung der Arbeitnehmer in Lohnkonflikten eine fast untragbare, moralische und psychologische Belastung sehen.

Der zweite Streitpunkt betrifft den gesetzlich zu garantierenden Mindestlohn. Eine derartige Bestimmung vereinbart sich an sich schwer mit der Lohnfreiheit, und die Regierung will ihr daher nur rein formale Bedeutung beimessen, um etwaige Missbräuche auszuschliessen. Die Gewerkschaften versprechen sich jedoch davon eine tatsächliche Garantie gegenüber den Arbeitgebern, und sie lassen indirekt erkennen, dass sie sich der Unternehmerschaft gegenüber als Schwächere fühlen und bei freien Lohnverhandlungen ohne staatlichen Schutz nicht auskommen können.

Fachkundige Beobachter der französischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stellen sich ernstlich die Frage, ob bei diesen Gegebenheiten das Experiment der Kollektivverträge zu einem zufriedenstellenden Ergebnis zu führen vermag.

Helmuth Schmalz hat Druck am Stecken

Von Staatsminister Alfred Kubel

Die Mitglieder der nichtkommunistischen Parteien im niedersächsischen Landtag werden nicht sehr erstaunt gewesen sein, als sie erfuhr, dass Helmuth Schmalz, Vorsitzender der KP-Fraktion, aller seiner Funktionen entbunden wurde. Es wird das allerdings so ausgedrückt, dass diese Funktionen bis zum Abschluss eines Untersuchungsverfahrens "mit Zustimmung des Genossen Helmuth Schmalz" ruhen. Wir konnten die Tätigkeit von Helmuth Schmalz lange Zeit hindurch beobachten und empfanden zumindest gefühlsmässig mehr aus der nichtöffentlichen Ausschussarbeit als aus der Arbeit im Plenum, dass auch Helmuth Schmalz über kurz oder lang einer Säuberungsaktion zum Opfer fallen musste. Es kann nicht bestritten werden, dass Schmalz ausserordentlich eifrig und fleissig gearbeitet hat und dass er - bis auf einige Entgleisungen im Plenum - zweifellos eine für Kommunisten ungewohnte Sachlichkeit an den Tag legte.

Dass nun ausgerechnet sein Zusammenstoss mit dem CDU-Abgeordneten Druck zum Anlass genommen wird, ihn kaltzustellen, lässt doch eine ganze Reihe pikanter Vermutungen aufkommen. Wie weit in dieser Beziehung eine Aufklärung zu erwarten ist, steht allerdings dahin. Dass aber die Mitglieder des Landtages nicht darauf verzichten können, scheint mir selbstverständlich.

Die KP-Presse ("Die Wahrheit") begleitet die Massregelung von Schmalz mit einem Artikel, in dem versucht wird, den zweifellos für die Kommunisten peinlichen Beschluss gegen Schmalz durch schlagwortartig aneinandergereihte Redensarten den wenigen Anhängern dieser Partei schmackhaft zu machen. Man spricht viel von "Schwächen in ideologischen Fragen", von "proletarischer Disziplin", und wir finden in diesem Artikel den Satz: "In unserer Partei gilt es darum, alle Erscheinungsformen des kleinbürgerlichen Individualismus zu bekämpfen und auszumerzen".

Das ist es wohl, worüber Helmuth Schmalz wie viele andere, lange Zeit der KP ergebene Funktionäre, gestolpert sind. Unter kleinbürgerlicher Ideologie haben wir in diesem Zusammenhang einfach zu verstehen: Kritisches Denken oder gar kritisches Handeln gegenüber den Beschlüssen der Parteizentrale oder, noch besser ausgedrückt, gegenüber den Befehlen des Kreml; also die Beibehaltung eines Restes eigener Persönlichkeit. Nichts Neues ist es, dass dabei dann von einer proletarischen Moral, der offenen Kritik und Selbstkritik gegen jeden, der

Fehler begeht, gesprochen wird und festgestellt wird, dass darin gerade die grosse Stärke der Kommunisten liege. Jedem, der die Geschichte der kommunistischen Parteien kennt, muss es immer wieder als ein geradezu grandioser Appell an die Leichtgläubigkeit der Leser solcher Artikel erscheinen, wenn gerade darin von offener Kritik innerhalb dieser Parteien gesprochen wird.

Wir wissen, dass die Stärke der KP, sofern man davon überhaupt noch sprechen kann, darin liegt, kritiklosen Kadavergehorsam gegenüber der Parteizentrale zu fordern und zu erzwingen. Diese sogenannte proletarische Disziplin ermöglicht es, auch zahlenmässig vergleichsweise schwachen politischen Gruppen zu einem gewissen Einfluss im öffentlichen Leben zu gelangen. Wie sich aber immer wieder herausstellt, ist dieser Kadavergehorsam auch zugleich eine Schwäche einer solchen Partei. Auf die Dauer wird sie wirkliche Persönlichkeiten mit eigener Initiative und eigenem starken Willen nicht verdauen können, wenn sie daneben auch noch Charakterwerte achten soll. Ohne solche Charakterwerte aber gibt es keine letzte Hingabe an ein ideales Ziel.

Ostvertriebene nach Rheinland-Pfalz

K.Tr. Als letztes Land der französischen Zone nimmt nun, nachdem entsprechende Gesetze geschaffen wurden, Rheinland-Pfalz im Rahmen des Flüchtlingsausgleichs Ostvertriebene auf. Wider Erwarten lässt die Aufnahme durch die einheimische Bevölkerung an Herzlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die Bevölkerung, die 1939 und 1944 selbst flüchten musste, als sich das Kriegesgeschehen in ihrer Heimat abspielte, kennt das Flüchtlingslos aus eigener Erfahrung und erinnert sich dessen jetzt, da 45.000 Ostpreussen, Schlesier und Sudetendeutsche zum zweiten Male ihren Standort wechseln und in Rheinland-Pfalz angesiedelt werden. Sie kommen vornehmlich aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen, einige Transporte auch aus Bayern.

Bei den ersten Flüchtlingstransporten gab es manchmal erfreuliche Szenen. In Dreis, im Kreise Wittlich, trafen kinderreiche Familien ein. Es war kaum möglich, eine Witwe mit sieben Kindern bei einem Bauern unterzubringen. Um der Familie nun das Los zu ersparen, dass die Kinder aufgeteilt würden, stellte die Gemeinde sofort eine Wohnung im Gemeindehaus bereit und aus dem ganzen Dorfe wurden Betten,

Bettwäsche, Küchenschränke, Tisch und Stühle an die Familie verschenkt. Ähnlich war es in Hermeskeil, der Zollstation an der Saargrenze. Bei allen Weihnachtsfeiern von Vereinen oder Schulen wurde der Neubürger gedacht. Auch bei der Versorgung der Familien mit Kartoffeln und anderen Lebensmitteln, auch Holz, sind die meisten Gemeinden vorbildlich.

Der Landrat von Trier gab bekannt, dass er sofort mit dem Bau von 100 Doppelhäusern beginnen werden die nur für Ostvertriebene erbaut werden. Mit besonderem Interesse wendet man sich der Ansiedlung von neuer Industrie zu, da das Grenzland arm an Industrie ist. Die Handelskammern und die Gemeinden fördern jedes Unternehmen, das von Ostvertriebenen gegründet wird. Besonders interessiert ist man an der Ansiedlung von Textil- und Holzverarbeitender Industrie. Gute Erfolge haben auch die Gablonzer, die ihre exportstarke Glasindustrie in der Nordeifel neu entwickelten. Lastwagen und Kraftversorgung haben praktisch alle Gebiete in der Eifel, auf dem Hunsrück und in der Pfalz zur Ansiedlung gewerblicher Betriebe reif gemacht. (Im Grenzland sind noch heute lange Strecken des Eisenbahnnetzes wegen Zerstörung von Tunnels, Viadukten und Brücken stillgelegt).

Da die Neubürger aus Ostpreussen überwiegend evangelisch, das Gastland jedoch fast ganz katholisch ist, hat die evangelische Landeskirche Massnahmen zur seelsorgerischen Betreuung der neuen Familien getroffen. Der Bischof von Trier ernannte eigens einen Geistlichen zum Flüchtlingsbetreuer.

"Volkskontrolle" jetzt durch die Kriminalpolizei

sp. Mit der Durchführung der sogenannten "Volkskontrolle", die bisher in Händen der Volkspolizei lag und ihr den Spitznamen "Schnüffel- oder Rucksackpolizei" einbrachte, wurde in Leipzig jetzt die Kriminalpolizei beauftragt. Kolonnen von acht bis zehn Kriminalisten in Zivil oder maskiert in Arbeitskleidung kontrollieren auf dem Hauptbahnhof aus Magdeburg, Schwerin, Chemnitz und Berlin ankommende Reisende. Die Kriminalisten suchen einzelne Fahrgäste heraus und führen sie nach dem Bahnsteig 26, wo sie in einem besonderen Raum untersucht werden.
